

AusgeLAGERt

Exterritoriale Lager und der EU-Aufmarsch
an den Mittelmeergrenzen

Flüchtlingsrat Niedersachsen,
Komitee für Grundrechte und Demokratie,
Forschungsgesellschaft Flucht und Migration

FLÜCHTLINGSRAT
Zeitschrift für Flüchtlingspolitik
in Niedersachsen
©Niedersächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Ausgabe: September 2005
Heft 110

FFM Heft 10
ffm@ipn.de

HerausgeberInnen:
Forschungsgesellschaft Flucht und Migration,
Niedersächsischer Flüchtlingsrat e.V.,
Komitee für Grundrechte und Demokratie

Redaktionsanschrift und Bezug:
Förderverein Niedersächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Langer Garten 23 B, 31137 Hildesheim
Tel: 05121/15605, Fax: 05121/31609
redaktion@nds-fluerat.org
<http://www.nds-fluerat.org>
ISSN 1433-4488
Alle Rechte vorbehalten

Assoziation A
Berlin, Hamburg 2005
www.assoziatiion-a.de
ISBN 3-935936-44-3
Buchhandelsbestellungen bitte an SOVA, Frankfurt/M.

Spenden: Postbank Hannover, BLZ: 250 100 30, Kto.-Nr.: 8402-306
Verantwortlich und ViSdP: Maria Wöste, c/o Geschäftsstelle Nds. Flüchtlingsrat
Redaktion: Helmut Dietrich, Dirk Vogelskamp, Maria Wöste
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des
Herausgebers und der Redaktion wieder.
Foto: Solidaritätskomitee für die Flüchtlinge auf Chios, Chios (Griechenland)
Gestaltung und Satz: Silke Doepner, Göttingen
Druck und Bindung: Druckerei Lühmann, Bockenem
1–3 Tausend, September 2005

AusgeLAGERt

Exterritoriale Lager und der EU-Aufmarsch
an den Mittelmeergrenzen

Flüchtlingsrat Niedersachsen ♦ Komitee für Grundrechte und
Demokratie ♦ Forschungsgesellschaft Flucht und Migration

Assoziation A

Editorial	7
---------------------	---

Recherchen: Flüchtlingsabwehrpolitik

Cap Anamur: Interview mit Elias Bierdel (Angela Huemer)	17
Das Mittelmeer als neuer Raum der Abschreckung (Helmut Dietrich) . . .	29
I. Einleitung	29
II. Sterben im Mittelmeer	32
III. Hilfe aus der Bevölkerung versus Notstandsmaßnahmen	40
IV. Lampedusa	43
V. Feindbilder: ›Organisierte Kriminalität‹ aus dem Osten – ›Islamistischer Terror‹ aus dem Süden	48
VI. Libyen: Öl, Sicherheitswahn, Personenerfassung	51
VII. Überwachungsdispositiv: SIVE, virtuelle Grenze, Marineeinsätze . .	56
VIII. Das Haager Programm, das Konzept der Frontstaaten und die künftige EU-Grenzpolizei	64
IX. Italien, Spanien: Abschiebungen und Lager	71
X. Lager und neues Grenzregime in Nordafrika	77
XI. Schluss	93
Koloniale Lagergeschichte in Libyen (Helmut Dietrich)	100
Die Verdammten der Sahara (Fabrizio Gatti)	107
Der Krieg gegen die trikontinentale Massenarmut (Thomas Hohlfeld/Dirk Vogelskamp)	111

Konzeptionen: Lager visionen

Chronologie der EU-Lagerpläne (Cornelia Gunßer)	127
Konzepte der EU-Lagermodelle (Christopher Nsoh)	138

Dokumentation: Gegenaktionen

Griechenland: Flüchtlingslager auf Chios (Solidaritätskomitee für die Flüchtlinge auf Chios)	147
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Cap Anamur: Italienische Gegenbewegungen (Alessandra Sciorba)	153
Erklärungen zur Cap Anamur (kanak attack/Karawane/kmii; Komitee für Grundrechte und Demokratie)	158
Italien: Aktuelle Proteste gegen Flüchtlingslager (Enrica Rigo/Maria Wöste)	161
Deutschland: Proteste gegen Lager (Gregor Samsa)	165
Hamburg: Proteste gegen Abschiebehelfer aus Guinea (Cornelia Gunßer)	171
Marokko: Appell zu den Lagern von Bel Younech (AFVIC)	174
Internationaler Aufruf gegen Lager an den Grenzen Europas	177
Internationaler Appell zu exterritorialen Lagern der EU (Komitee für Grundrechte und Demokratie; FFM).	179
Statement to end the Warehousing of Refugees (U.S. Committee for Refugees and Immigrants)	184

Anhang

Material	188
Karte »Migrant/innen-Lager in Europa«, Migreurop (beigelegt)	

Am 12. Juli 2004 konnte das deutsche Schiff Cap Anamur der gleichnamigen humanitären Hilfsorganisation, dessen Crew 37 schiffbrüchige Flüchtlinge aus Seenot Tage zuvor gerettet hatte, in den sizilianischen Hafen Porto Empedocle einlaufen. Vorausgegangen war ein tagelanges politisches Gezerre der aufgescheuchten deutschen und italienischen Innenbehörden, wie mit der bislang beispiellosen öffentlichen Rettungsaktion umgegangen werden sollte.

Denn diese rückte für einen Augenblick schlaglichtartig den Überlebenskampf tausender Migrantinn/en in den Mittelpunkt kurzatmiger Medienaufmerksamkeit. Die medial hergestellte Öffentlichkeit kam nicht umhin, widerwillig des Sterbens unzähliger Flüchtlinge gewahr zu werden, die ihr Leben auf der Suche nach einem besseren verloren und das Mittelmeer in ein Massengrab verwandelt haben. Das Sterben an den südlichen Rändern Europas wurde als Folge einer technisch hochgerüsteten und militarisierten Grenzsicherung gegen die unerwünschte Migration kurzzeitig kenntlich. Die europäische Verantwortung für die Toten ebenso.

Während in Italien rasch eine breite Solidaritätsbewegung agierte, die sich für die Aufnahme der Geretteten einsetzte und an der selbst Bürgermeister italienischer Städte teilnahmen (vgl. den Beitrag von Alessandra Sciorba), verharrte die deutsche Solidaritätsszene in Bedenken gegenüber einer vermeintlich unpolitischen, bloß humanitären Hilfsaktion. Genährt wurde diese Haltung durch Medienberichte, die die Rettung der Schiffbrüchigen teils als mediales Spektakel zugunsten der »Cap Anamur-Organisation« denunzierten und sie bewusst verzerrt darstellten. In Deutschland jedenfalls kam keine politisch mobilisierende Unterstützungsinitiative zustande.

Die Aktion endete schließlich in einem Debakel: Kriminalisiert wurden die Retter; der Schiffskapitän, der erste Offizier sowie der Leiter der Hilfsorganisation wurden zeitweilig inhaftiert, das Schiff beschlagnahmt; die geretteten Flüchtlinge hingegen wurden umgehend in Aufnahmelager interniert, durch ein rechtsförmig verkürztes Asylverfahren ohne tatsächliche Chance auf Zuflucht getrieben und letztlich binnen Wochen deportiert (siehe das Interview mit Elias Bierdel in diesem Heft).

Genüsslich nutzte der deutsche Innenminister, unterstützt von seinem italienischen Amtskollegen, die Gunst der Stunde, Auffanglager in den nordafrikanischen Anrainerstaaten zu fordern. Um der menschlichen Tragödie im Mittelmeer begegnen zu können, müsse Flüchtlingen Gelegenheit gegeben werden, bereits in nordafrikanischen »Zentren« ihre Asylgesuche zu stellen, die von EU-Beamten entgegengenommen und geprüft werden müssten (siehe dazu den Artikel von Cornelia Gunßer).

In verschiedenen Varianten trug der deutsche Innenminister seine Lager visionen vor, fand Gehör, Zustimmung aber auch Ablehnung in der europolitischen Klasse. Der humanitäre Gestus, mit dem die exterritorialen Lagerpläne offeriert wurden, konnte die strategischen EU-Interessen hingegen kaum kaschieren: Die nordafrikanischen Staaten sollten stärker in den europäischen Abwehrriegel eingeflochten und das europäische Grenzregime in Form von Außenlagern, exportierten Kontroll- und Überwachungstechniken sowie durch Verbindungsbeamte auf den Maghreb ausgedehnt werden. Nordafrika wurde zum vorrangigen Frontabschnitt erklärt, an dem die Bekämpfung der unerwünschten Migration zukünftig intensiviert werden sollte.

Viele Asyl-, Menschenrechts- und Migrationsorganisationen protestierten gegen die Lagerpläne der EU und versuchten mit kleineren Initiativen, Öffentlichkeit zu mobilisieren. Exemplarisch sei der internationale Appell vom März diesen Jahres genannt, mit dem die FFM und das Komitee für Grundrechte und Demokratie die Mitglieder des europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente ersuchten, die Lager rund um das Mittelmeer aufzusuchen und sich für deren Schließung einzusetzen (siehe Dokumentation). Auch auf der politischen Ebene der EU gab es Wider- und Einsprüche gegen die Lager (z. B. im Europaparlament), und es stoßen sich politische Differenzen im Rat. Alle politischen Bruchlinien zusammen könnten dazu beigetragen haben, dass von offizieller Seite nichts mehr zu den EU-Lagerplänen verlautbart wurde, obwohl noch im Frühjahr exterritoriale Lager in verschiedenen Staaten projektiert wurden.

Die Entwicklung im europäischen Abwehrkampf gegen die transnationale Migration an Europas Südgrenze ist hingegen seit der »Cap Anamur-Affäre« mit rasendem Tempo vorangetrieben worden, die in einer zerstreuten Öffentlichkeit überhaupt nur noch bruchstückhaft wahrgenommen wird. In diesem weiteren Kontext des Kriegs gegen die transnationale Migration haben Lager dennoch weiterhin ihren festen Platz.

Wir fassen deshalb in diesem Editorial einige Ereignisse und die allein in diesem einen Jahr politisch von der EU auf den Weg gebrachten Entscheidungen kurz zusammen, um deutlich zu machen: auch wenn die öffentliche Diskussion um exterritoriale EU-Lager abgebrochen ist, eine verborgene Lagerinfrastruktur besteht bereits. Diese wird teils aus Europa finanziert, gefördert, politisch geduldet und – vor allem – praktisch genutzt (vgl. dazu den tiefer schürfenden Artikel zur Mittelmeermigration von Helmut Dietrich in diesem Heft). Am 14. April 2005 verurteilte das EU-Parlament mehrheitlich die menschenrechtswidrigen Massendeportationen von der italienischen Insel Lampedusa nach Libyen vom Oktober 2004 und März 2005. Die italienischen Behörden hatten auf Grundlage eines bilateralen »Antimigrationsabkommens« mit Libyen Hunderte von Flüchtlingen, die auf Lampedusa gestrandet waren, ohne Überprüfung ihrer

Fluchtgründe mit Militärmaschinen umgehend wieder nach Libyen deportiert. Dort seien sie, so das EU-Parlament, vor willkürlichen Festnahmen, Internierungen und Abschiebungen jedoch nicht sicher. Der italienische Journalist Fabrizio Gatti berichtet im L'Espresso vom 24.3.2005 (L'ultimo viaggio die dannati del Sahara) über die Internierungen im libyschen Wüstenlager Gatrún und über das Sterben von über Hundert aus Libyen abgeschobenen Flüchtlingen, unter denen sich auch aus Italien zurückgeschobene Migrantinnen/en befunden haben sollen (siehe in diesem Heft: Die Verdammten der Sahara). Zur gleichen Zeit wie das EU-Parlament tagte der EU-Rat Justiz und Inneres in Brüssel und beriet über eine engere Kooperation mit Libyen bei der Bekämpfung der »illegalen Migration« nach Europa. Gemäß dem »Haager Programm zur Stärkung von Freiheit, Sicherheit und Recht in der EU« (11/2004), mit dem auch der Bereich Asyl und Migration für die nächste Jahre strategisch konzipiert wird, erhält die Zusammenarbeit mit den Transitstaaten der Migration erhöhte Priorität. Derzeit steht Libyen im Zentrum des EU-Interesses, um die Migrationsbewegungen schon weit vor der Europäischen Union abzufangen und lagerverbracht zu kontrollieren.

Auf dieser Sitzung des EU-Rates wurde der bis dahin unveröffentlichte Report der ersten »Technical Mission to Libya on illegal immigration (27. Nov. – 6. Dec. 2004)« vorgestellt. Eine EU-Delegation, bestehend aus Verwaltungs-, Migrations- und Polizeibeamten, hatte mehrere Lager und Haftzentren in Libyen besichtigt und mit internierten Migrantinn/en Gespräche geführt. Im Anhang des Berichts wird detailliert auf die Kooperation zwischen Italien und Libyen eingegangen. Demnach hat die italienische Regierung im Rahmen eines gemeinsamen »Antimigrationsabkommens« Grenzüberwachungstechnologie und Ausstattungen für »Flüchtlingsquartiere« geliefert und im Norden Libyens im Jahr 2003 die Errichtung eines ganzen Internierungslagers finanziert. Sie beabsichtigt, für zwei weitere Abschiebelager die Finanzierung bereitzustellen. Desgleichen kam sie bislang für etwa 60 Abschiebeflüge von Libyen in Staaten Afrikas und Asiens auf. Den Tod vieler MigrantInnen wohl einkalkulierend, lieferte Italien gleich 1.000 Leichensäcke mit. Das italienische Magazin L'Espresso, das als erste Zeitung am 29. April 2005 über den Report und die fortgeschrittene italienisch-libysche Zusammenarbeit berichtete, betitelte den Artikel mit: »I Lager della libertà«. Das deutsche Wort Lager braucht nicht übersetzt zu werden. Und libertà?

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte unterbindet am 12. Mai 2005 kurzzeitig die Lagerabschiebungsrouten von Lampedusa nach Libyen. Zugleich bereiten am 1. Juni 2005 die europäischen Innen- und Justizminister die migrationspolitische Zusammenarbeit mit Libyen vor. Schon Ende Juni wird im Rahmen einer erneuten EU Delegation der »Dialog« mit Libyen in Fragen der »illegalen Immigration« aufgenommen. Eine Delegation der Linksfraktion im

EU-Parlament hingegen beabsichtigte, Lager rund um das Mittelmeer zu besichtigen, unter anderem das Lager auf Lampedusa. Dort angekommen, sind die meisten Flüchtlinge in der Nacht zuvor aus dem Lager weggeschafft worden. Schließlich wurden auf dem europäischen G 5-Gipfel in Evian am 4./5. Juli 2005 gemeinsame Charterflüge für »kollektive Repatriierungen«, wie es euphemistisch heißt, verabredet.

Es bestehen keine Zweifel, eine Lagerinfrastruktur entsteht in Nordafrika, die in zwischenstaatlichen Abkommen modellhaft und wegbereitend vorweggenommen wird. Nicht umsonst hat der italienische Ministerpräsident Berlusconi die Zusammenarbeit mit Libyen bei der Bekämpfung der »illegalen Einwanderung« als ein »Modell für Europa« bezeichnet (vgl. FAZ vom 30. August 2004). Bereits heute wird, wie die Erfahrungen der Deportierten von Lampedusa zeigen, bei Massenabschiebungen auf einen bestehenden, zum größten Teil versteckten Lager- und Internierungskomplex zurückgegriffen, in denen viele der deportees verschwinden. Migrantinn/en, die in die Maghrebstaaten zurück- oder abgeschoben werden, landen zumeist erneut in Internierungs- oder Abschiebelagern, verdammt ein Leben von Lager zu Lager zu fristen. Das bestätigt u. a. die Untersuchung des italienischen Politologen Paolo Cuttitta für Tunesien: »In Tunesien gibt es inzwischen dreizehn mit italienischem Geld finanzierte Abschiebehefteinrichtungen. Eine davon befindet sich in der Nähe von Tunis, eine in der Nähe von Gabès. Die anderen liegen an geheimen Orten. Niemand außer Regierung und Polizei weiß, wo. Keiner soll erfahren, was mit den Flüchtlingen passiert, die aus Italien nach Tunesien zurückgeschoben oder schon vor der Überfahrt von der tunesischen Polizei aufgegriffen werden. [...] Laut inoffiziellen Informationsquellen werden viele Migranten von den italienisch-tunesischen Abschiebelagern einfach an die Südgrenze zu Algerien begleitet und dort in der Wüste abgesetzt.« (vgl. Paolo Cuttitta, Das diskrete Sterben, in: FR vom 14. August 2004). Das ist den politischen Entscheidungsgremien der EU nicht unbekannt. Dennoch wird diese Praxis weiterverfolgt u. a. mit der strategischen Absicht, möglichst viele Transitstaaten langfristig in »geeignete Erstasylstaaten« umzuwandeln und UNHCR-kompatibel zu machen, so dass die deutsch erdachte »Drittstaatenregelung« Anwendung finden könnte. Rechtsförmig soll die Aussonderung der unerwünschten Migration schon erfolgen.

In dem europäischen Versuch, die transnationale Migration nach Europa zu unterbinden, festzusetzen und in die weltweiten Elendszonen zurückzuschieben, markieren die Lager an den Mittelmeerrändern entscheidende Knotenpunkte der Migrationskontrolle. Die Lager, Internierungs- und Haftzentren bilden ein unerlässliches Element, um Menschen gewaltsam, massenhaft und effektiv aus Europa herauszuhalten oder wieder herauszuschaffen. Auf der anderen Seite des Mittelmeeres setzt sich die Logik der Lagergewalt fort und steigert sich bis ins

»Sterben lassen in der Wüste«. Die »Bekämpfung der illegalen Migration«, zum Schwerpunkt der Europäischen Migrationspolitik seit einigen Jahren erhoben, hat viele Seiten: eine technische, eine politische, eine soziale und geographische, eine militärische, eine wirtschaftliche und eine migrantische, um nur die wesentlichen zu nennen. Die »Bekämpfung der illegalen Migration« kann in all diesen Facetten nicht losgelöst werden von der geographischen Ausdehnung, die aus der neuen europäischen Sicherheitsdoktrin erfolgt, indem die Region jenseits des Mittelmeeres zur existenziellen Sicherheitszone Europas erklärt wird, und von der ökonomischen Freihandelsexpansion Europas nach Süden, die in den diversen wirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Durchdringungsprozessen vorangetrieben wird (siehe insbesondere den Beitrag von Helmut Dietrich und Thomas Hohlfeld/Dirk Vogelskamp).

Dass inzwischen der globale »Krieg gegen den Terrorismus«, der jetzt als »globaler Kampf gegen den Extremismus« weniger martialisch etikettiert werden soll, mit dem europäischen »Kampf gegen die illegale Migration« militärpraktisch und rechtfertigungsöffentlich Hand in Hand geht, braucht nicht zu verwundern. Handelt es sich doch auch um einen Krieg gegen die Massenarmut aus den drei Kontinenten, die in der transnationalen Migration ihrem Elend und Sterben zu entrinnen sucht und darin die uneingelösten bürgerlichen Menschenrechtsversprechen von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit transportieren. Gefährliche Massen und extremistische Klassen also, die die globale, gewaltsam aufrechterhaltene Ungleichheitsordnung zu unterwandern drohen. Gegen die Aspirationen der Weltarmut, denn nur diese ist gezwungen die todbringende Route über das Mittelmeer einzuschlagen, an dem sich die globalen Zonen des Todes und des Wohlstands urlaubsparadiesisch und flüchtlingseelig überlappen; gegen das Eindringen der Peripherie in die Zentren der bürgerlichen Wohlanständigkeit also richtet sich der Aufmarsch der EU an den Mittelmeergrenzen. Denn diese Migrantinnen und Migranten, die als die Weltüberflüssigen betrachtet werden, sind die lebendige Antithese zum gegenwärtigen Kapitalismus, der alle nicht globalisierungs-kompatiblen Existenzweisen gewaltsam zu unterwerfen droht. Sie aber wollen ein »kleines Stück vom europäischen Traum«, wie es in der Erklärung der Migrantinnen und Migranten von Bel Younech heißt (siehe ihre Erklärung in diesem Heft, ebenso die Artikel von Conni Gunßer sowie von Thomas Hohlfeld und Dirk Vogelskamp).

Anfang des Jahres planten wir zuerst ein Sonderheft, das das Debakel der Rettungsaktion um die Cap Anamur aufarbeiten und zu den exterritorialen Lagerplänen Stellung beziehen sollte. Rasch wurde klar, dass wir den oben angedeuteten rasanten Entwicklungen nur beobachtend hinterhinken konnten, von denen die konzeptionell aufgewärmten exterritorialen Lagerstrukturen nur einen sommerlichen Versuch darstellen, legitimatorisches Feld gegenüber den Toten, den

»Kollateral-toten« der Festung Europa gutzumachen. Die Lagerwirklichkeit an den Rändern des Mittelmeeres hatte längst unsere Vorstellungen gesprengt. So vereinigt das Heft Artikel, informierende und analysierende, die aus der Tages- und Produktionshektik entstanden sind, längere Recherchen zur Mittelmeer-migration, die schon lange auf Veröffentlichung gewartet haben und denen dennoch ein gewisser Zeitmangel anhaftet, um sie noch gründlicher abrunden zu können. Es bleibt bei einem solchen editorischen Unterfangen nicht aus, dass sich in den einzelnen Artikeln Darstellungen und Ereignisse wiederholen, die zu den jeweiligen Argumentations- und Interpretationslinien der Autorinnen und Autoren gehören. Vermeiden ließ sich das in der Kürze der Zeit nicht. Insofern sind es vorläufige Arbeiten, die die Schrecken der Wirklichkeit bald eingeholt haben werden. Wir sind aber überzeugt, dass wir dennoch der bislang kleinen interessierten Öffentlichkeit genügend brauchbares Material, vorläufige Analysen, Interpretationen und Assoziationen vorlegen, aus denen sie sich selbst ein ungefähres Bild über die Schärfe des Konflikts zwischen den migrierenden Weltarmen und dem expansiv wohlstandsverteidigenden Europa wird machen können. Das ist nicht viel. Was bleibt uns anderes, als auf eine informierte Öffentlichkeit zu setzen, die nicht bereit ist, die Wiederkehr der Lager, eingedenk unserer nationalen und der europäischen Kolonialgeschichte, hinzunehmen.

Weltweit wird inzwischen die vermehrte Einschließung von Flüchtlingen in Lagern und separierten Behausungen als Problem erkannt sowie als menschenrechtswidrig kritisiert und ein Ende dieser Praxis gefordert (siehe in diesem Heft: US Committee for refugees and immigrants, Statement calling for solutions to end the warehousing of refugees). In dieser von mehr als 200 NGOs getragenen Erklärung heißt es, dass von den annähernd 12 Millionen Flüchtlingen gegenwärtig mehr als 7 Millionen ihr Leben in Lagern verbringen müssen: they are warehoused, wie es dort heißt. Auch wenn das US Committee vor allem die Verlagerung politisch Verfolgter wider die UN-Flüchtlingskonvention anprangert, markiert es damit jedoch einen politischen Trend, dem alle Migrantinnen und Migranten unterworfen werden. Ob sich die herrschenden Flüchtlingsdefinitionen angesichts der politischen, sozialen und ökologischen Verwerfungen im Zuge neoliberaler Globalisierung sinnvoll aufrechterhalten lassen, sei hier dahingestellt (vgl. Dirk Vogelskamp, Einwandern nach Deutschland – Oder: Die Aussonderung der Überflüssigen, unter: <http://www.materialien.org/migration/texte/einwanderung.pdf>). Je weiter jedoch die Lagerorte von den metropolitanen Zentren entfernt sind, desto offener scheint die Gewalt in den global verstreuten und teils bewusst verborgen gehaltenen Lagerorten zu sein. Dort werden den Menschen weder bürgerliche noch Menschenrechte zuerkannt und mancherorts werden sie, um sich ihrer zu entledigen, dem Sterben in der Wüste überlassen. Die Lager, gleichwo auf der Welt, dienen der Unterbindung und Kontrolle der Migration

sowie der Festsetzung, man könnte auch sagen: Konzentrierung der Menschen, um sie leichter deportieren zu können – ein Terminus übrigens, der wieder Eingang in den Sprachschatz der FAZ gefunden hat. Lager, gleich welcher Art, ob als rechtsförmig ordentliche oder als Wüstenlager betriebene, sind ihrer inneren Logik nach jenseits der Menschenrechte angesiedelt, sie sind Instrumente der Menschenverwaltung und Menschenunterwerfung. Ihrer Funktionslogik inhärent ist das Abdriften in die bodenlose Rechtlosigkeit.

Dagegen begehren Migrantinnen und Migranten in vielen Lagerorten weltweit auf, initiieren Proteste und verweigern, sich freiwillig in bloße Objekte eines globalen Migrationsregimes verwandeln zu lassen. Sie setzen ihren selbstgewählten kollektiven Aufbruch, ihre »Abstimmung mit den Füßen« und ihre Aspirationen sowie ihr Recht auf Flucht und Freizügigkeit gegen die Lagerordnung eines versachlichten und verwalteten Lebens, unterstützt von Menschen vor Ort (vgl. die Beiträge zu Protesten vor und hinter den Lagerzäunen aus Griechenland, Italien und Deutschland in der Dokumentation). Darum ruft das Komitee für Grundrechte und Demokratie in Kooperation mit dem No-Lager-Netzwerk am 24. September 2005 zu einer öffentlichen Inspektion und Demonstration am Rückführungslager Bramsche Hesepe auf unter dem Motto: Wer Menschen in Lager steckt, erniedrigt sie als Menschen, kappt ihre Chancen, menschlich zu leben. Die Leserinnen und Leser sind eingeladen, an diesem Aktionstag mitzutun.

Berlin, Göttingen und Köln im Juli 2005

Helmut Dietrich (FFM)

Dirk Vogelskamp (Komitee für Grundrechte und Demokratie)

Maria Wöste (Nds. Flüchtlingsrat)

Recherchen
Flüchtlingsabwehrpolitik

Cap Anamur: Die Rettung der Bootsflüchtlinge 2004

Interview mit Elias Bierdel

Die Kölner Hilfsorganisation Cap Anamur füllte das mediale Sommerloch vor einem Jahr. Ende Juni 2004 rettete ihr gleichnamiges Frachtschiff auf einer Testfahrt 37 afrikanische Bootsflüchtlinge von einem Schlauchboot mit Motorschaden. Nach der Rettung wurde zunächst ein anderes Schiff in Seenot Richtung Malta eskortiert. Auf dem anschließenden Weg nach Italien erwies sich der Hafen von Lampedusa als zu klein für das Schiff, also steuerte man den sizilianischen Hafen Porto Empedocle an. Die italienischen Behörden verweigerten jedoch überraschend am 1. Juli die Einfahrt. Ein Kräftemessen folgte, das Schiff war in internationalen Gewässern blockiert. Nachdem der Kapitän am 11. Juli einen Hilferuf gesandt hatte – einige der Schiffbrüchigen hatten damit gedroht, sich umzubringen – hob Italien die Blockade auf. Sobald sie an Land waren, wurden die 37 Afrikaner in ein Abschiebelager nach Agrigento gebracht, der Kapitän, der Erste Offizier sowie der Leiter von Cap Anamur, Elias Bierdel, wurden mit der Anklage der Begünstigung illegaler Einreise verhaftet, das Frachtschiff beschlagnahmt. Sie kamen nach vier Tagen wieder frei, mit der Auflage, sich künftig nicht mehr in Süditalien (Kalabrien, Apulien oder Sizilien) aufzuhalten. Die Flüchtlinge schob man bis auf zwei in einem rechtsstaatswidrigen Verfahren nach Ghana und Nigeria ab.

In den deutschen Medien war die Debatte nicht bestimmt vom Schicksal der geretteten Bootsflüchtlinge und der vielen anderen Menschen, die auf der Flucht nach Europa ihr Leben verlieren. Vielmehr dominierten diverse Vorwürfe gegen Elias Bierdel die Berichterstattung in Deutschland, die von »Instrumentalisierung für Organisations-PR« bis zur Frage reichten, warum er die Flüchtlinge nach Europa und nicht nach Malta brachte (gerettet wurden sie 100 Meilen vor Lampedusa und 180 Meilen von Malta entfernt). Öffentliche Schelte des umstrittenen früheren Leiters der Hilfsorganisation Cap Anamur, Rupert Neudeck, trug zur Entsolidarisierung bei. Und Bundesinnenminister Schily machte Schlagzeilen mit seinem perfiden Vorschlag, Leben zu retten, indem man Lager (»Begrüßungszentren«) in Nordafrika einrichtet. Kein Ruhmesblatt für die Unabhängigkeit deutscher Medien.

In Italien verlief die Debatte anders. Hilfsorganisationen und antirassistische AktivistInnen versorgten die Cap Anamur während der Blockade vor dem Hafen

von Port Empedocle und verfolgten das Schicksal der Flüchtlinge vor Ort (vgl. den Bericht von Alessandra Sciorba in diesem Heft). Eine Delegation der Regionalverwaltung Venetien und Friaul reiste nach Sizilien, um den 37 Flüchtlingen ein kommunales Asyl anzubieten. Eine Initiative verschiedener Bürgermeister wollte je einen der 37 Flüchtlinge aufnehmen. Sie alle wurden von den Behörden mit diversen Manövern ausgetrickst, die Flüchtlinge in ungeheurer Geschwindigkeit zu den Abschiebeflughäfen transportiert. Der deutsche und italienische Innenminister hatten von Anfang an ihre Entschlossenheit erklärt, keinen »Präzedenzfall« entstehen zu lassen.

Im Oktober 2004 wurde Elias Bierdel als Leiter von Cap Anamur entlassen. Das Frachtschiff hat man im April 2005 verkauft, nachdem es gegen Kautions von den italienischen Behörden zurückerstattet wurde. Der Prozess gegen Bierdel, den Kapitän und Ersten Offizier ist noch anhängig. In den deutschen Medien sind die Toten im Mittelmeer und in der Wüste immer noch ein Randthema, auch wenn Tausende nach der Ankunft in Italien rechtswidrig nach Libyen abgeschoben werden und vermutlich fast täglich Menschen auf dem Weg übers Meer nach Europa ihr Leben verlieren.

Im folgenden Interview mit Elias Bierdel vom 29. Juli 2004 geht es um Fragen wie die Militarisierung des Mittelmeers, den Hergang der Rettung und wie selbstverständliche Handlungen, das Retten von Menschenleben, plötzlich kriminell und politisch unerwünscht sind. Zudem sprachen wir über das harte Vorgehen der italienischen Behörden bei der Verhaftung der Besatzung und der Abschiebung der Flüchtlinge.

Interview

Angela Huemer: Was habt Ihr im Mittelmeer während der Fahrt gesehen, ist es wahr, dass es so militarisiert ist?

Elias Bierdel: Das Mittelmeer ist nach unserem Eindruck eine Hochsicherheitszone. Wir haben Flottenverbände verschiedener Nationen selber angetroffen, auch einen großen Flottenverband der deutschen Bundesmarine. Wir sind, sobald wir das erste Mal überhaupt auf die Höhe von Lampedusa kamen, von einem italienischen Militärflugzeug überflogen worden, mehrfach, und am nächsten Morgen kam die italienische Fregatte Danaide und hat uns gecheckt, also abgefragt. Die wollen wissen woher kommt Ihr, wer sind Eure Besatzungsmitglieder, das geht sehr, sehr weit. Wir wissen, dass niemand auf offener See einen anderen belästigen darf, eigentlich, nach dem Völkerrecht, aber wir haben dennoch diese Fragen beantwortet, weil wir ja nichts weiter zu verbergen haben und um zu sehen, was

ist hier eigentlich das normale Verfahren. Das war so im Mai. Das Flugzeug hat das Schiff viele, viele Male überflogen in den nächsten Wochen, fast täglich kann man sagen und sicherlich fotografiert und dokumentiert. Am 19. Juni – ein Tag bevor die Rettung stattfand – bin ich in Malta von Bord gegangen, an diesem Tag gab es auf Malta ein großes gemeinsames Manöver von Marine und anderen Schiffen, der Malteser und der Italiener zusammen, deren Szenario war, ein Schiff, was sich Malta nähert, zu stoppen und der General hat gegenüber der Presse in Malta auch ganz offen gesagt, hier geht es darum, die illegale Migration auf dem Meer zu kontrollieren.

Was sagen Sie zur Debatte, dass Cap Anamur einen Präzedenzfall schaffen wollte, um das Tor zu öffnen für die Rettung von Migranten im Meer durch Nichtregierungsorganisationen?

Das Ziel unserer Arbeit ist, über 25 Jahre hinweg, eigentlich immer dasselbe, nämlich zu versuchen, Menschen zu retten, in Situationen in denen sie unmittelbar existentiell bedroht sind, durch Krieg, auch durch Naturkatastrophen, wie auch immer und wo auch immer. Das ist geradezu ein Reflex, ganz einfach. Einfach sage ich deshalb, weil wir bei der Rolle bleiben, die wir eben können, wofür wir legitimiert sind und was unsere Mission ist; die Spenderinnen und Spender – wir werden ja nur privat finanziert – statten uns genau dafür aus, dass wir versuchen, auch in schwierigen Situationen solchen beizustehen, die sonst ohne Schutz wären, ganz ohne Schutz wären. Und aus unserer Sicht trifft das eben für diese Gruppe, nämlich den Ertrinkenden von den Migranten, in besonderem Maße zu, weil es augenscheinlich niemanden gibt, der sich mit dem Thema sonst helfend, direkt beschäftigen kann oder möchte. Die Wahrnehmung von Europa, wir erkennen, dass die Rechtsvorschriften ja nur ein Stein in der Festungsmauer sind, die insgesamt darauf aus sind, die Menschen wegzuhalten. Schon die Formulierung, hier soll ein Präzedenzfall geschaffen werden, trifft nicht mehr unseren Ausgangspunkt. Unter keinen Umständen werden wir jemals akzeptieren, dass das normal sein soll, dass die halt irgendwo da draußen zu verrecken haben. An der Stelle, wo aber jetzt dieser relativ einfache aber auch klare humanitäre Auftrag kollidiert mit einer Politik auf der Seite der europäischen Union, hier nur exekutiert durch die italienischen Behörden, an der Stelle wird das politisch dann schwierig, aber wir würden uns am liebsten ganz fernhalten aus dieser Diskussion. Genau diese Tatsache, dass wir nämlich jetzt eine Gruppe von Menschen, die eben nicht ohne weiteres kriminalisierbar sind, da sie ja noch nicht einmal ohne Papiere über eine Grenze gegangen sind, die sind ja nicht mal in dem Sinne »illegal«, dass sie eben die Küstengewässer erreichen, ohne Papiere, oder Pass. Sondern sie sind auf einem europäischen Schiff, das sie ganz ordnungsgemäß anmeldet an Land. Und wenn ich das richtig verstanden habe,

aber das ist nicht mein Denken, ist das wohl mit der entscheidende Punkt, warum die Regierungen so große Angst davor haben, weil sie sagen, hier entsteht etwas, das ist ein neuer Zugang, den wir bisher sozusagen vergessen haben. Und sie werden sicherlich alles dazu tun, das auch noch zu verstopfen, so wie man die bisher kennen gelernt hat, diese Regierungen.

War angesichts Ihrer Tradition schon vorab die Idee vorhanden daraus, wenn eine Rettungsaktion passieren sollte, denn steuern kann man das wohl nicht, daraus auch einen Fall zu machen?

Wir sagen, das lassen wir uns von niemandem verbieten, Menschen zu retten, das würden wir sowieso immer tun, weil das ist unser Eigenstes. Wir können nicht hinnehmen, als Europäerinnen und Europäer, dass dies ein normaler Zustand sein soll. Würden wir das so akzeptieren, dann würde uns das sehr stark selbst beschädigen. Aber das wurde bisher eben nicht richtig wahrgenommen. Nur so konnten sich Leute frei von Schuld fühlen, oder sich die Diskussion ersparen, indem sie sagen, ich hab zwar mal gelesen in der Zeitung, fünf Tote irgendwo, aber ich weiß nichts genaues darüber. Dazu allerdings möchte ich nun sehr viel beitragen, dass die Informationen verbreitet werden. Ich denke schon, dass ja ein Effekt ist, der auf jeden Fall ja schon einmal erzielt ist, dass da eine breitere Diskussion auch darüber stattfindet, was und um welchen Preis da eigentlich passiert, im Mittelmeer.

Gab es also den Willen, die Frage anzustoßen, aber gleichzeitig auch ein zurückziehen auf Eure Rolle, also wir machen das, was wir können, wollen aber nicht weiter politisch involviert werden.

Für uns ist die Erfahrung neu, dass Menschen retten irgendwie was Verbotenes sein sollte. Wir kennen, dass irgendein Regime dagegen ist, dass wir bestimmten Leuten helfen. Aber dass wir in Europa davon abgehalten werden sollten, das ist für uns eine völlig neue Erfahrung und das ist natürlich auch eminent politisch. Völlig klar. Aber letztlich würde uns das eindeutig überfordern, was sozusagen die Innensicht angeht in Europa, wie kommen Menschen hier überhaupt noch an und was passiert mit ihnen dann. Da würde ich auch als Verantwortlicher einfach sagen, stopp, hier müssen wir uns einfach zurücknehmen, weil wir uns sonst verzetteln, bei allem Engagement. Ich finde gut, dass dieser Fall wie ein Initial gewirkt hat, so wie ich das wahrgenommen habe, für eine Art europäische Vernetzung, die hier einfach getestet wurde durch Fakten. Also wir haben uns sozusagen auch da reingeworfen in ein Netz, von dem wir nicht genau wussten, ob es existiert, ja vielleicht noch nicht einmal die, die daran beteiligt sind, wussten das wirklich, ob es existiert und ob es halten würde. Und das fand ich sehr ermutigend. Das ist ja auch etwas, was mit Identität zu tun hat, in Europa. Das

war für mich eine sehr gute Erfahrung zu sehen, wie viele Menschen da sind in Italien, auch die Erfahrung die wir persönlich gemacht haben, mit Italienern auf der Strasse. Wir wissen, dass Italien nun wirklich keinen Anstoß braucht, um das Thema der Illegalen, dort heißen sie clandestini, wahrzunehmen. Aber das darüber hinausgehende, nämlich jene zu bedenken, die eben nicht mal mehr an der Küste ankommen, das ist dann schon auch noch, glaube ich, wieder neu gewesen, dass mal deutlich und fokussiert zu sehen.

Inwieweit war nun die Aktion geplant oder nicht?

Entweder wird uns vorgeworfen, wir hätten das alles genau vorher bestimmt, oder es wird uns vorgeworfen, wir wären da einfach nur blauäugig reingesammelt. Und beides stimmt nicht und beides stimmt. Man kann ja überhaupt nicht ein Schiff kaufen ohne darüber nachzudenken, was wäre eigentlich wenn und so weiter und so fort, denn, um das ganz klar zu sagen, die Frage von boatpeople, Bootsflüchtlingen, oder von Schiffbrüchigen, die spielt auf allen Weltmeeren eine Rolle, überall. Bei unserer Tradition, unserer Geschichte, dem inneren Kern unserer Arbeit, ist das völlig logisch, das wir das bedenken. Schon im Februar kam zu uns an Bord ein deutscher Reeder, den Mann habe ich noch niemals vorher gesehen und hat uns bekniert geradezu, um Himmels willen dieses Thema nicht zu vergessen. Er sagt, das ist so schrecklich, die Schiffe fahren über die Boote drüber. Der hat uns deshalb Ferngläser und Nachtsichtgeräte geschenkt, damit uns das auf jeden Fall nicht irgendwo passiert. Dann sind wir nach Westafrika gefahren und hatten auf den Kanaren einen Stop. Da kamen Menschen zu uns an Bord, die da wohnen, und die zeigten uns solche Zeitungsartikelstapel mit Fotos von Leichen an Strand und so weiter. Wir haben so was noch nie gesehen. Die Bootsbesatzung hat daraufhin am nächsten Tag sofort ein Bootsmanöver organisiert, das war im März, April, auf der Hinfahrt nach Westafrika, für den Fall, dass wir jemand treffen, damit wir den sofort retten können. Wir haben aber nie ein Boot in der Weise gesehen. Natürlich habe ich mich mittlerweile dafür interessiert, was ist da eigentlich, was weiß man darüber. Und so wars wohl auch mit der Entscheidung in Richtung Mittelmeer zu fahren, wo wir nach Irak wollten. Den Namen Lampedusa, den kennt man, man weiß, dass das eine Gegend ist, wo das passiert. Als wir nach Malta kamen, wo wir wegen der kaputten Maschine hinmussten, habe ich da auch versucht Informationen zu bekommen. Da habe ich mich mit dem Jesuit Refugee Council in Verbindung gesetzt. Wir ignorieren doch nicht, wenn wir da irgendwo durchfahren, wie die Lage da ist.

Was habt ihr nach der Rettung zu den Flüchtlingen gesagt?

Also, wir haben immer nur dasselbe gesagt, wir haben euch aufgesammelt und wir bringen euch in einen sicheren Hafen. Und der sichere Hafen kann nicht in

Tripolis, Lybien sein. Das war schon mal klar. Das heißt, für uns ging's Richtung Europa, das haben wir auch ganz eindeutig gesagt.

Warum kam Malta nicht in Frage?

Malta war für uns überhaupt keine Diskussion, das hat sich hier später so ergeben, aber Malta hat ja auch dann selber gesagt, bei uns nicht, dann sollen sie halt nach Libyen, egal. Malta ist ein ganz kleines Land, nicht mal ansatzweise in der Lage, damit adäquat umzugehen, was ja auch die EU schon moniert hat, aber das war nicht unsere Argumentation.

Habt ihr mit ihnen Kontakt gehabt, mit maltesischen Behörden nach der Rettung? Was geschah nach der Rettung der 37 Flüchtlinge am 20. Juni bis zur Einfahrt in den Hafen Porto Empedocle?

Wir haben das ganz einfach so aufgefasst, wo sind die aufgesammelt worden, hier, vor Lampedusa. Und deswegen ist der nächste logische Hafen Lampedusa, da wollten wir hin. Das muss ich noch mal wiederholen, weil das wird hier quasi ignoriert, auch in den Medien. Dann stellte sich heraus, der Hafen von Lampedusa ist zu klein. Für uns war klar, wenn wir das aufgeben, dieses klare System, da haben wir sie gefunden, das ist für uns der nächste italienische Hafen, dann schicken die uns auf eine Odyssee durch das ganze Mittelmeer. Und das wurde ja auch in Italien versucht, zu sagen, fahrt doch nach Spanien, da ist es ja auch sehr schön. Was hätte wohl Spanien zu uns gesagt, fahrt doch nach Frankreich oder nach Portugal. Nach Finnland.

Wann habt ihr zum ersten Mal die italienischen Behörden verständigt, nach der Rettungsaktion und wie haben sie geantwortet?

Wir haben sie nicht informiert in dem Sinne, dass wir die Leute gerettet haben, weil wir davon ausgingen, dass das im wesentlichen keinen interessiert, weil sie ja erst mal bei uns sicher waren. Man muss sich klarmachen, wie's da draußen zugeht. Dass da täglich Meldungen erscheinen, über irgendwelche Boote, die irgendwo versinken, aber es kümmert sich keiner drum. Das ist die Wahrheit. Also dachten wir nicht, dass wir da eine Mitteilungspflicht haben, die ist ja aus der Seefahrt nicht herleitbar. Es gibt zwar eine Praxis, wie man damit umgeht im Mittelmeer, aber die kannten wir nicht, ehrlich gesagt. Wir sind gern bereit, die uns noch mal anzuschauen, zu sehen, ob die für uns auch gilt. Wir haben gesagt, wir machen ein ganz normales Procedere, wir wollen auch hier keinen dramatischen Ausnahmefall von uns aus provozieren oder akklamieren, sondern wir wollen sagen, wir haben hier diese Menschen aufgesammelt und die müssen in einen sicheren Hafen und wir melden die ganz ordnungsgemäß an, wie jedes Schiff, das in einen Hafen fährt. Und das geht so, man hat erst mal die Reederei,

die muss einen Agenten beauftragen, der Agent übernimmt das Ding, der kriegt dann die Information, die Crewliste, ganz normal, wie das ein Schiff nun eben tut.

Wie lange nach der Rettung war das und was ist dann geschehen?

Wir haben das erst am 29. Juni gemacht. Das hatte aber den Grund mit den Häfen, und dass das Schiff in der Zeit weiter rumjagte, wir eskortierten ein prekär aussehendes Flüchtlings Schiff in Richtung Malta. Ich selber war einen Tag vor der Rettung, am 19. Juni, von Bord gegangen, und kam dann in der Nähe von Djerba wieder an Bord. Ich dachte, dass es da vielleicht noch mal einen Klärungsbedarf gibt, das man da sich noch mal unterhalten muss. Aber nicht im geringsten hätte ich jemals mir träumen lassen, dass wir mit einer geradezu militärischen Schutzmacht konfrontiert werden und anschließend noch ins Gefängnis wandern. Wir sind also, nach dem normalen Procedere, an Lampedusa vorbeigefahren. In der Nacht vom 30. Juni, das war kurz vor Mitternacht, auf der Höhe von Linosa, das ist nördlich von Lampedusa, kriegten wir plötzlich einen Funkspruch: Cap Anamur, ihr sollt doch lieber nach Lampedusa fahren. Da haben wir gesagt, das können wir nicht, der Hafen ist zu klein, oh, Pause, ja aber ihr sollt doch nach Lampedusa fahren. Da haben wir gesagt, erstens, wir sind ja schon an Lampedusa vorbei, zweitens, wir haben alles organisiert für Porto Empedocle, und drittens, Lampedusa ist zu klein, da fahren wir weiter, oh, hat er gesagt, ja dann, good watch, so sagt man in der Seefahrt, das war Feierabend. Der Kapitän hat gesagt, ich kann doch nachts niemand erreichen. Und so kamen wir dann morgens eben da an, am Morgen des ersten Juli. Es sah alles für uns normal aus, der Lotse war bestellt, der Lotse kam, wir waren ein bisschen zu früh, und daraufhin hat der Kapitän noch mal nachgefragt, ist das jetzt in Ordnung für die Hafenbehörde? Jeder Hafen hat eine Anmeldefrist. Offiziell. Porto Empedocle hat 24 Stunden Anmeldefrist und wir waren zwei Stunden da drunter. Also wir waren nur 22 Stunden angemeldet, da hat er einfach noch mal gefragt, ist ein deutscher Kapitän, also ganz korrekter Mann. Alles in Ordnung, macht nichts, wir starteten die Maschine. Etwa 20 Minuten dauert das, bis dann die Maschine wieder läuft. Und dann sind wir losgefahren, und in dem Moment kommt plötzlich die Coastguard und sagt: Stopp, Cap Anamur, Sie haben keine Genehmigung in die italienischen Hoheitsgewässer einzufahren, also nicht nur nicht nach Empedocle, sondern jetzt offensichtlich überhaupt nicht mehr zur Küste rein. Da sind wir wirklich in dem Moment so grade noch in der letzten Sekunde umgedreht, und haben gesagt, was ist los, warum. Acht Tage lang hat man uns gar nichts gesagt. Der Agent sagte uns, diese Order kam direkt aus Rom. Und der Agent sagte dann schon am zweiten Tag, ich kann hier nichts mehr tun, dies ist jetzt eine diplomatische Affäre geworden, da müssen andere entscheiden.

Wie war die Situation in der Zeit an Bord?

Wir haben die MSF (Ärzte ohne Grenzen) gebeten, an Bord zu kommen und einen Check zu machen. Die kamen mit drei Leuten, mit einer Ärztin, sehr gute Ärztin. Außerdem erhielten wir Lebensmittel von Hilfsorganisationen wie Emergency und da war auch schon jemand, der eine Rechtsberatung mit den Leuten gemacht hat.

Gab es guten Kontakt mit den Schiffbrüchigen?

Ja, die Besatzung hat ja mit denen gelebt. Das waren ja permanent mindestens zwei da bei ihnen und die haben zusammen gegessen und alles. Der Kapitän und ich, wir haben uns bewusst hier ein bisschen ferngehalten, um noch so eine andere Ebene darzustellen auf dem Schiff. Wir haben viel mit denen zusammengegessen, haben diskutiert, wir haben ja auch gebetet, auch zusammen mit den Priestern, die dann kamen. Übrigens bin ich selber gar kein Christ. Das war nur für mich ganz klar, wir brauchen geistigen Beistand und der war sehr sehr gut. Die beiden Priester, die da gekommen sind, Combonianer Missionare, das ist mit die schönste Begegnung, die ich hatte in dieser ganzen Zeit. Zwei wunderbare, mutige Männer.

Haben Sie Eine Erklärung dafür, warum von Seiten der italienischen Behörden da mit so brutaler Härte agiert wurde, die Rechtsstaatlichkeit außer Kraft gesetzt wurde? Sowohl Euch gegenüber, mit der Inhaftierung, aber natürlich auch bei den Flüchtlingen, die in drei verschiedene Abschiebelager kamen und dann einfach so abgeschoben wurden.

Ich habe dafür keine richtige Erklärung. Am letzten Abend, als wir immer noch vor den italienischen Hoheitsgewässern festgehalten wurden und dann rüber zu den Lichtern von Porto Empedocle sahen, da stand neben mir jemand, einer von den Priestern und ich sagte, oh Mensch, hoffentlich kommen wir jetzt endlich in diesen Hafen rein. Und da sagte der, ich glaube schon, dass ihr morgen in den Hafen kommt. Aber du weißt auch, worum es dann gehen wird. Ja natürlich, wir müssen gucken, dass hier die Leute versorgt werden, aber für uns ist es auch gut, jetzt endlich mal an Land zu kommen, weißt du, wir sind ja auch Menschen. Und da sagt er, ja aber das meine ich nicht. Worum es jetzt gehen wird, ist Rache. Und ich habe gesagt, ich kann das nicht glauben, weil das ist doch für alle schlecht gelaufen ist, das kann doch keiner wollen, dass das jetzt weiter geht, jetzt ist doch wirklich Schluss, das muss doch jeder sehen, dass das jetzt keinen Sinn mehr hat. Da sagte er, ich glaube, dass du die italienische Mentalität falsch einschätzt. Ich kann dazu gar nichts weiter sagen, so war das, aber ich will auch sagen, die italienische Mentalität, das muss ja auch die Mentalität der Unterstützer sein, zum Beispiel. Das muss auch die Mentalität der jungen Polizisten sein, die sich ent-

schuldigt haben beim Kapitän, für die unwürdige Behandlung, die er erfahren hat, das muss ja auch die Mentalität der Mitarbeiter am Flughafen sein, die uns ganz viel geholfen haben, die gehört haben, Cap Anamur, und uns geholfen haben, der Crew, mit 160 kg Übergepäck in die Maschine zu kommen ohne Geld. Also wir haben auch ganz viel Sympathie gespürt, aber der Staat und das italienische Recht ist uns in einer Weise entgegengetreten, die uns überrascht hat, das sag ich jetzt mal ganz vorsichtig, denn ich bin da kein Spezialist, ich war auch noch nie im Gefängnis. Ich würde schon sagen, das Ganze hatte wenig damit zu tun, wie ich mir ein rechtsstaatliches Verfahren vorstelle.

Wie war der Aufenthalt im Gefängnis? (Anmerkung: der Kapitän, der Erste Offizier und Elias Bierdel wurden am 12.7. verhaftet, als sie an Land gingen, am 16.7. wurden sie mit der Auflage, Süditalien zu verlassen, freigelassen).

Im Gefängnis hab ich die ersten Schlepper meines Lebens überhaupt kennen gelernt. Die waren nun sehr interessiert an unserem Fall, die haben das ja auch in den Medien verfolgt. Und beim Hofgang in Petrusa in einem Gefängnis wurden wir gefragt, wie groß ist euer Schiff noch mal, ja, hab ich gesagt, so 95 Meter, oh, was hat das gekostet? Soundsoviel, 1,8 Millionen Euro, mensch, mensch, mensch, und wie viele Leute habt ihr gebracht, 37? Ja seid ihr denn verrückt? Und dann haben die uns vorgerechnet, dass sie auf so ein Schiff ja bis zu 3000 Leute packen würden, haben sie so gesagt, weiss ich ja nicht, und dass sie dann mit einer einzigen Fahrt dieses Schiff refinanzieren könnten. Dass man also sozusagen mit einer einzigen Fahrt den Kaufpreis des Schiffes wieder raus hat und noch dazu eine Million, die man verdient hat. So haben die das gerechnet, so haben die das gesagt. Das war nur ein Hinweis für mich, dass wir in Schlepperkreisen auch als die letzten Versager gelten müssen.

Zu den Abschiebungen der Afrikaner, was denkt Ibr darüber?

Also ich kann das von mir selber sagen, ich bin sehr traurig darüber, wie das ausgegangen ist, speziell für diese Gruppe. Und mich belastet die Vorstellung, dass sie dadurch besondere Nachteile hatten, dass sie mit uns und unter diesen Umständen da hingekommen sind. Das finde ich ganz schlimm, denn das darf ja gar nicht sein. Und ich muss das einfach für mich noch genauer überlegen, was daran leider stimmt, dass wir es für sie dann am Ende noch schwerer gemacht haben als sie es vielleicht anderswie gehabt hätten. Andererseits, durch die Tatsache, dass wir sie eben da auf hoher See aufgefischt haben, was ja ein reiner Zufall ist, ist eben diese schicksalhafte Beziehung entstanden. Ich bin ja noch einer Gruppe von denen, nämlich 14, im Flugzeug begegnet. Als ich selber das Land verlassen musste, bin ich mit ihnen zusammen von Catania nach Rom geflogen und wurde Zeuge davon, wie sie im Grunde da abgeschoben werden sollten, offensichtlich,

heimlich. Ich konnte noch versuchen, wenigstens Menschen zu informieren darüber, dass die jetzt da auf dem Flughafen sind, das ist mir auch noch gelungen, aber es war, es ging mir nicht gut dabei.

Was sagen Sie zur Reaktion der Medien?

Zunächst mal war das eine ausschließlich in Italien stattfindende Geschichte, die für uns von der Öffentlichkeitswirkung hier in Deutschland überhaupt keine Rolle spielte, die wurde auch gar nicht beachtet hier. Deshalb ist für mich auch der Vorwurf so besonders absurd, wir hätten hier eine Werbeaktion oder irgendwas gemacht, denn in Italien brauchen wir das nicht, das hilft uns ja überhaupt nichts als Organisation. Erstaunlich war, wie schnell die Position des deutschen Innenministers übernommen wurde. Der hat sich ja geäußert in einer Weise und so schnell, das ist eine Sache, die wird irgendwann einmal zu besprechen sein. Es gab aber auch andere Leute in der Regierung, die das dezidiert abgewiesen haben, der ist damit so nicht bei allen durchgedrungen. Aber bei den Journalisten, die dann wenig wussten in dem Moment, weil es eben nicht medial vorbereitet war, für die tauchte das als Thema erst mal plötzlich auf. Und zwar ziemlich genau am 8. Juli, vorher haben die das nicht wahrgenommen, erst mit dem Beginn der Fernsehberichterstattung am 8. Juli. Das stellt auch die Frage nach der Sorgfalt der Medien, offensichtlich war bei vielen, nicht bei allen, das Bedürfnis größer, hier eine »Affäre« Cap Anamur zu suchen. Ich find es auch gut, wenn Medienverantwortung sichtbar wird, Journalisten haben auch eine Verantwortung, und ich frag manchmal jetzt Ex-Kollegen, warum ist dieses Thema von euch 10 Jahre lang im Grunde nicht aufgegriffen worden, in den wichtigen, großen Medien. Immer nur punktuell, hier ein paar Tote in Lampedusa.

Kann das eine Art Panikreaktion sein, so wenn dir plötzlich wie aus einem Spiegel die Toten anschauen, eine Panik gegenüber diesem Tod?

Das ist ganz entscheidend. Du kannst das nur, solange du das nicht wahrnimmst. Denn sonst greift bei jedem einzelnen ja die Schuld. Die Frage, das darf ich nicht zulassen, da muss ich was machen.

Was ist Ihr vorläufiges Fazit?

Dass wir in der, im Netz der europäischen Menschenrechtsbewegung, und das kann man auch anders nennen, dass wir da irgendwie unseren Platz mit drin haben, als eine von vielen kleinen Gruppen, das find ich total klasse, das hab ich richtig gespürt und das möchte ich auch gern weiter spüren und ich bin sehr daran interessiert, dass wir auch weiterhin Kontakt nicht nur nach Italien halten, sondern auch zu anderen europäischen Organisationen, themenbezogen. Wie die Sache nun ausgegangen ist am Ende, muss man ja genau hingucken, was ist mit

den Menschen passiert, die wir gerettet haben, die sind in furchtbarer Weise auch mitbestraft worden für unsere Aktion, entsetzlich, das lastet auf mir, das finde ich schlimm. Und es ist eben die Frage, ob man künftig in einem anderen Verfahren, denn darum muss es weiterhin für mich gehen, auch mit der Regierungsseite, aber im wesentlichen auch mit den NGO [Nichtregierungsorgansiationen], die da spezialisiert sind und seit vielen Jahren sich engagieren, dann eben den Weg austüftelt, nach dem es gehen kann. Nur mal davon ausgehend, dass die Rettung von solchen Menschen erlaubt sein muss. Wenn sie erlaubt ist, welchen Weg soll sie dann nehmen? Wie soll das passieren. Darüber müssen wir dann sprechen. Egal ob das wir dann tun oder andere.



Schlauchboot
aus der Ferne

»Erst war nur ein kleiner, gelber Strich am Horizont zu sehen. Dann erkannten wir ein Schlauchboot und schließlich Menschen, die verzweifelt winkten: Mitten auf der offenen See, irgendwo zwischen Libyen und der italienischen Insel Lampedusa, trieb das völlig überfüllte Boot mit Motorschaden hilflos auf den Wellen. Das Festland war 90 Kilometer entfernt, die Trinkwasser-Vorräte bereits aufgebraucht.«
(Cap Anamur, 21.6.2004)

37 Menschen
in einem Schlauchboot



An Bord
der »Cap Anamur«



Fotos: Cap Anamur-Büro Köln